VDW e.V. · Marienstraße 19/20 · 10117 Berlin

PRESSEMITTEILUNG

Ende des INF-Vertrags: Europa und die Bundesregierung müssen die Neustationierung von Nuklearwaffen in Europa verhindern

Berlin, 23. Juli 2019. **Am 2. August 2019 wird die bindende Wirkung des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) wegfallen, wenn keine diplomatische Einigung in letzter Minute erfolgt. Damit besteht die Gefahr eines neuen unkontrollierten und gefährlichen Wettrüstens in Europa und das Ende der nuklearen Abrüstung weltweit. Ab sofort muss sich Europa stärker um den Erhalt von Frieden und Sicherheit kümmern und geschlossen die Neustationierung von russischen und amerikanischen Atomwaffen in Europa verhindern. Vertrauensbildende und deeskalierende Maßnahmen, insbesondere gegenüber Russland, und der Wille zum Dialog mit allen Beteiligten sind daher dringend notwendig.**

Die Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden“ der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) konstatiert in einer Stellungnahme den mangelnden politischen Willen der USA und Russlands, die gegenseitigen Anschuldigungen für Vertragsverletzungen ernsthaft lösen zu wollen. Gleichzeitig stellt sie das Fehlen einer eigenständigen europäischen Strategie fest, obwohl die Leidtragenden von Neustationierungen die Europäer und Europäerinnen wären. Europa steht erneut an einem Scheideweg, an dem es sich auf seine eigenen friedens- und sicherheitspolitischen Interessen besinnen muss.

Die VDW-Studiengruppe schlägt vor, dass Russland und die North Atlantic Treaty Organization (NATO) eine gegenseitige Selbstbeschränkung bei Mittelstreckenwaffen vereinbaren und ausüben. Sie fordert die Bundesregierung auf, sich für eine maßvolle und deeskalierende Reaktion der NATO-Staaten auf die Aufkündigung des INF-Vertrags in Europa einzusetzen, um der russischen Seite ein vergleichbar kooperatives Verhalten zu ermöglichen. Zur Stabilisierung der Situation empfiehlt sie mittelfristig drei konkrete Schritte, auch im Hinblick auf ein mögliches Wettrüsten in Asien: 1) Die NATO-Staaten und Russland sondieren die Option einer wechselseitigen Verzichtserklärung auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen. 2) Die NATO-Staaten und Russland starten Verhandlungen für eine Vereinbarung, in der beide Seiten erklären, dass sie keine bodengestützten Marschflugkörper und ballistischen Flugkörper mit mehr als 500 km Reichweite in Europa stationieren werden. 3) Alle Nuklearstaaten führen Gespräche über globale Verbote nuklear bestückbarer Flugkörper mit Reichweiten von z. B. 500 bis 5.500 km inklusive eines umfassenden Verifikationssystems.

Für Interviewanfragen mit den Verfassern der Stellungnahme wenden Sie sich bitte an Marion Burkard unter marion.burkard@vdw-ev.de oder 030-21234056.

Downloads
Die **Pressemitteilung** steht auf der Webseite der VDW als PDF-Download zur Verfügung.
Die **Stellungnahme** ist ebenfalls als PDF-Download abrufbar.

Pressekontakt
Marion Burkard
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.

Marienstraße 19/20, 10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 21 23 40 56
E-Mail: marion.burkard@vdw-ev.de

Der **VDW-Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden“** gehören Politikwissenschaftler, Naturwissenschaftler und Experten aus Diplomatie und der Militärpolitik an. 12 Mitglieder haben die Stellungnahme erarbeitet und unterzeichnet. Die VDW hat sich stets zu zentralen Fragen der Europäischen Sicherheit geäußert, so 1957 in der Göttinger Erklärung. Schon bei der Gründung der VDW 1959 standen Fragen der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle im Vordergrund. VDW-Gründungsmitglieder wie Carl Friedrich von Weizsäcker oder Werner Heisenberg hatten sich intensiv mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Im Jahr 1983 haben sich 12 namhafte Mitglieder in einem Memorandum zur Frage der Neustationierung landgestützter Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik positioniert und den Mitgliedern des Bundestages ein Votum mit Nein empfohlen. Mehr Informationen zur Studiengruppe hier.

Unterzeichner der Stellungnahme
Prof. Dr. Lothar Brock, Frankfurt; Prof. Dr. Michael Brzoska, Hamburg; Dr. Hans-Georg Ehrhart, Wedel; Brigadegeneral a.D. Helmut W. Ganser, Hamburg; Prof. Dr. Hartmut Graßl, Hamburg; Dr. rer. nat. Dirk-Michael Harmsen, Karlsruhe; Dr. rer. pol. Hans-Jochen Luhmann, Wuppertal; Parl. Staatssekretär a.D. Dr. Hans Misselwitz, Berlin; Prof. Dr. rer. nat. Götz Neuneck, Hamburg; Prof. Dr. Konrad Raiser, Berlin; Prof. Dr. Michael Staack, Hamburg; Prof. Dr. Jürgen Scheffran, Hamburg

---

Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) e.V.
Seit ihrer Gründung 1959 durch Carl Friedrich von Weizsäcker und weitere prominente Atomwissenschaftler ("Göttinger 18") fühlt sich die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) der Tradition verantwortlicher Wissenschaft verpflichtet. Sie nimmt Stellung zu Fragen von Wissenschaftsorientierung und Technologieentwicklung einerseits und aktuellen gesellschaftlichen Fragen zu Themen wie Frieden & Abrüstung, Klima & Biodiversität, sozio-ökologische Transformation & soziale Gerechtigkeit, Digitalisierung & Gesellschaft sowie Whistleblowing andererseits. Mit den Ergebnissen ihrer Arbeit wendet sich die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler an die interessierte Öffentlichkeit und an Entscheidungsträger auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft.

Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. | Marienstraße 19/20, 10117 Berlin
t+49.30.21234056 | **e** info@vdw-ev.de | www.vdw-ev.de
Die VDW auf Twitter und Facebook